

Sachdokumentation:

Signatur: DS 935

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/935



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Eidgenössisch-Demokratische Union
Union Démocratique Fédérale
Unione Democratica Federale

Kernthemen der EDU Schweiz



Für das Leben

Einleitung

Die EDU setzt sich konsequent für das menschliche Leben ein und fördert, was dem Leben dient. Jedes Leben ist kostbar und soll von der Zeugung bis zum natürlichen Tod geschützt werden. Aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen stehen dem immer mehr entgegen:

Abtreibung

Durch die heutige Abtreibungspraxis werden über 10'000 Kinder pro Jahr ihres Lebens beraubt. Diese Zahl muss gesenkt werden. Die Gebärmutter darf nicht mehr der gefährlichste Ort für ein Kind sein! Da ein grundsätzliches Abtreibungsverbot zur Zeit nicht mehrheitsfähig ist, braucht es andere Massnahmen wie eine kinderfreundliche Familienpolitik. In der Abtreibungsberatung soll die Möglichkeit der Adoption viel stärker betont werden.

PID

Die drohende Legalisierung der genetischen Untersuchung des Embryos durch Präimplantationsdiagnostik (PID) würde der Selektion zwischen lebenswertem und lebensunwertem Leben Tür und Tor öffnen. Dies gilt es zu verhindern, damit auch nicht "perfekte" Menschen weiterhin ihren Platz in der Gesellschaft haben.

Sterbehilfe

Leider nimmt die Schweiz in Sachen Sterbehilfe und Sterbetourismus europaweit eine Vorreiterrolle ein. Der Ausdruck "in die Schweiz gehen" wird bereits beschönigend gebraucht, wenn jemand seinem Leben ein Ende setzen will. Die Gefahr ist gross, dass Sterbehilfe zum Sterbedruck wird. Die EDU fördert Alternativen zur Sterbehilfe wie die schmerzlindernde Palliativpflege.



Für die Familie

Einleitung

Gesunde Familien sind die Säulen einer Gesellschaft. Wenn diese bröckeln, wird der Staat stärker belastet. Die EDU setzt sich deshalb dafür ein, dass die Politik alles tut, um stabile Familien zu fördern. Sie orientiert sich am biblischen Ideal einer lebenslangen Ehe zwischen Mann und Frau, welche die beste Grundlage für das Aufwachsen von Kindern ist. Gleichzeitig nimmt die EDU die Bedürfnisse und Nöte derjenigen ernst, die ausserhalb dieses Ideals leben. Handlungsbedarf sieht die EDU bei folgenden Punkten:

Entlastung

Familien sollen weiterhin finanziell entlastet werden, sei dies durch gezielte steuerliche Entlastungen, Stipendien oder Massnahmen bei den Krankenkassenprämien. Die EDU hat sich auf kantonaler Ebene immer wieder für höhere Kinder- und Ausbildungszulagen eingesetzt.

Gender

Die EDU befürwortet die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau in jeder Hinsicht. Die radikale und pseudowissenschaftliche Gender-Ideologie schießt aber weit am Ziel vorbei. Die Verschiedenheit von Frau und Mann soll nicht als Problem, sondern als Chance betrachtet werden.

Sexualisierung

Wir leben in einer zunehmend übersexualisierten Gesellschaft. Bei Kindern und Jugendlichen hat dieser Trend die gefährlichsten Folgen: Die aggressive Frühsexualisierung ab dem Kindergartenalter und die Pornoflut zerstören Schönheit und Kostbarkeit der menschlichen Sexualität.



Für den Menschen

Einleitung

Als Geschöpf Gottes ist jeder Mensch mit einer einzigartigen Persönlichkeit und Kombination von Fähigkeiten ausgestattet, die er oder sie im Laufe des Lebens entfaltet. In der Schweiz läuft vieles gut: Die EDU ist dankbar für unser ausgezeichnetes Bildungs- und Gesundheitssystem, wenig Arbeitslosigkeit, Frieden und Stabilität, von denen wir seit vielen Generationen profitieren dürfen. Allerdings besteht in den folgenden Bereichen starker Handlungsbedarf:

Frauenhandel

Nach Schätzungen leben in der Schweiz bis zu 10'000 zwangsprostituierte Frauen und Kinder, welche tagtäglich aufs Brutalste ausgebeutet werden. Menschenhandel und Prostitution sind die beiden Seiten der gleichen Münze. Eine effektive Bekämpfung dieses Unrechts kann nur durch die Eindämmung der Nachfrage nach käuflichem Sex erreicht werden.

Drogenpolitik

Die Schweizer Drogenpolitik muss wieder verstärkt abstinentenorientiert ausgerichtet sein. Die EDU lehnt die Legalisierung weiterer Drogen ab und setzt auf Therapien, welche den Drogenausstieg zum Ziel haben.

Alters- Diskriminierung

Jede zweite Person ist mit Altersdiskriminierung im Arbeitsleben konfrontiert. Besonders über 55-Jährige sind zunehmend von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen. Die EDU fordert, dass diese Problematik stärker auf die politische Agenda kommt und setzt sich für eine gelebte Solidarität zwischen Jung und Alt ein.



Für die Schweiz

Einleitung

Das Erfolgsmodell Schweiz blickt auf eine reiche Geschichte zurück und ist gegenwärtig mit unterschiedlichen Herausforderungen konfrontiert:

Erbe

Die Schweizerische Eidgenossenschaft wurde 1291 im Namen Gottes gegründet. Die EDU ist dankbar für das jüdisch-christliche Erbe der Schweiz und setzt sich für dessen Erhaltung ein. Der Schweizerpsalm soll unbedingt als Nationalhymne beibehalten werden, ebenso der Eidgenössische Dank-, Buss- und Betttag als Feiertag.

Ja zur Freiheit

Noch nie war die Zustimmung zum EU-Beitritt so tief wie heute. Dies mit gutem Grund: Die EU war von Anfang an ein Projekt der politischen Eliten, in welchem sich schon früh ein Demokratiedefizit abzeichnete, welches bis heute nicht behoben ist. Die EDU lehnt einen EU-Beitritt klar ab und warnt davor, bei bilateralen Verhandlungen Souveränität zu leichtfertig an die EU abzutreten.

Islam(ismus)

Die EDU anerkennt, dass die meisten Muslime in der Schweiz ihren Glauben auf eine Art ausüben, die mit unserer demokratischen Rechtsordnung vereinbar ist. Gleichzeitig muss beachtet werden, dass Teile des Korans ein beachtliches Potenzial zur Förderung von Gewalt und Extremismus haben. Die EDU setzt sich daher entschieden gegen die Ausbreitung eines radikalen und politischen Islams ein. Massnahmen beinhalten unter anderem, dass Hassprediger und Extremisten konsequent des Landes verwiesen werden und dass das Vermummungsverbot auf ein grundsätzliches Burkaverbot erweitert wird.



Für Bedrohte

Einleitung

Die EDU befürwortet die bisherige bewaffnete Neutralität der Schweiz. Aussenpolitisch setzt die EDU besondere Akzente zum Schutz von jüdischen und christlichen Minderheiten.

Christen-Verfolgung

Weltweit sind Christen die am meisten verfolgte Glaubensgemeinschaft. Unsere Regierung soll sich verstärkt für den Schutz von christlichen und anderen Minderheiten stark machen. Beim Aushandeln internationaler Verträge soll der Bundesrat vermehrt Verstösse gegen Menschenrechte thematisieren.

Antisemitismus

Die EDU ist besorgt über den starken Anstieg des Antisemitismus in Europa, der einerseits von Teilen der muslimischen Bevölkerung ausgeht, und andererseits durch rechts- und linksextreme Gruppen gefördert wird. Die EDU setzt sich ein für stärkere Aufklärung und Prävention, besonders an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen.

Israel

Die EDU setzt sich konsequent für das Existenzrecht Israels ein. Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden ist, dass die palästinensische Regierung und die Hamas dem Terrorismus abschwören, sich uneingeschränkt zu den Menschenrechten bekennen und die jüdische Identität des Israelischen Staates anerkennen. Die EDU anerkennt die jahrtausendealte Verbundenheit der Juden mit Jerusalem an und setzt sich für die internationale Anerkennung Jerusalems als ungeteilte Hauptstadt Israels ein.



Für Versorgungssicherheit

Einleitung

Sicherheit ist ein wichtiger Faktor für die gesunde Entwicklung eines Landes und einer Gesellschaft, sowohl für den Einzelnen als auch für unsere Unternehmen.

Sichere Arbeitsplätze

Für die EDU ist die tiefe Arbeitslosigkeit in der Schweiz ein grosser Segen. Die EDU setzt sich für KMU-freundliche Gesetze und Regulierungen ein. Der Kostenfaktor Arbeit soll weniger stark belastet werden, damit mehr Anreize für das Schaffen von neuen Arbeitsplätzen gesetzt werden. Unser duales Bildungssystem soll weiter gestärkt werden.

Solide Energieversorgung

Eine sichere Energieversorgung ist für die Wirtschaft absolut notwendig. Zur Zeit importiert die Schweiz 80% ihres Energiebedarfs. Die EDU fordert, dass vermehrt erneuerbare Energien in der Schweiz produziert werden. Der Bau von grossen Windkraftanlagen darf nicht an einem falschen Verständnis von Umweltschutz scheitern. Die EDU begrüsst einen mittelfristigen Atomausstieg, möchte diesen aber nicht ohne Rücksicht auf Benachteiligte forcieren.

Gesunde Lebensmittel

Landwirtschaftsbetriebe sollen von übermässiger Bürokratie befreit werden, damit sie ihren verfassungsmässigen Auftrag zur Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln bestmöglichst wahrnehmen können. Damit dieser Auftrag auch in Krisenzeiten wahrgenommen werden kann, soll ein deutlich höherer Selbstversorgungsgrad angestrebt werden. Zum Schutz der Schweizer Landwirtschaft lehnt die EDU ein Freihandelsabkommen mit der EU im Agrarbereich ab.